

## STALINISTISCHE STADTBAUKUNST

**W**enn ich auf dieser Konferenz heute über das Thema ›Stalinistische Stadtbaukunst‹ spreche, möchte ich zunächst eine Anregung dazu geben, die hier zur Diskussion gestellte Architektur der 50er Jahre in einem weiteren Rahmen, nämlich in ihrem jeweiligen städtebaulichen Kontext zu betrachten, da m.E. nur dadurch die Intentionen und Qualitäten der Baukultur jener Zeit adäquat ins Blickfeld geraten.

Schon im Titel meines Vortrags sind implizit drei Themen angesprochen, die ich in der gebotenen Kürze nur grob umreißen und zur Verdeutlichung in Kontrast zu den im Westen Europas gängigen Bauauffassungen jener Zeit erörtern möchte, wobei ich mich hier auf Vergleiche zwischen dem Osten und dem Westen Deutschlands beschränken werde.

Als Themen sind dies

1. die Kriterien, die uns explizit und exklusiv von *stalinistischer* Architektur sprechen lassen,
2. die Grundlagen eines *Städtebaus*, der in Kontrast zur sich ausbreitenden internationalen Moderne des Westens und der Suche nach einer funktionellen Stadt wieder klassischen Kompositionsregeln und Leitbildern einer streng hierarchisch zentrierten, dabei insgesamt kompakt formierten Stadtgestalt folgte,
3. der programmatische *Kunstanspruch*, mit dem sich die Architektur und Stadtplanung der DDR in den frühen 50er Jahren von den demonstrativ schlichten und vor allem auf einfachen Massenwohnungsbau orientierten Entwürfen zum Wiederaufbau in der Bundesrepublik abzusetzen versuchte – wobei ich mit dem Hinweis auf die 50er Jahre schon wieder beim ersten Thema, bei Kriterien der sachlichen und der zeitlichen Eingrenzung, angelangt bin.

Versuchen wir nämlich, als Pendant zum Schlagwort der ›stalinistischen Architektur‹ eine entsprechend einprägsame analoge Vokabel für Bauten der 50er Jahre im Westen Deutschlands zu finden, wird uns dies angesichts der Vielfalt gleichzeitiger architektonischer Strömungen und Erscheinungsbilder nicht gelingen; die markantesten Bauten der DDR aus der Zeit des Aufbaus der großen Ensembles in den Zentren der Städte scheinen hingegen von einem gemeinsamen Programm monumentaler Stadtbaukunst mit dezent regionalistischer Einfärbung geprägt. Bezogen auf die mit dem Topos ›stalinistisch‹ konnotierten Bilder von Architektur stellen sich zudem rasch Assoziationen zur faschistischen Staatsbaukunst ein – mit ihren Merkmalen der Monumentalität, Symmetrie, Achsialität und erkennbaren Rückbezügen auf historische Bauten der Antike, der Renaissance und des Klassizismus, also der Rückverpflichtung auf bestimmte Traditionen europäischer Baukultur – und treten damit umso deutlicher in Kontrast zur moderaten Moderne im Westen.

Wie wir inzwischen wissen, wird der Topos von ›faschistischer Architektur in Deutschland, genauer: nationalsozialistischer Architektur ein irreführendes Klischee, wenn er lediglich an der Durchgängigkeit von Stilmerkmalen und Gestaltungsprinzipien festgemacht wird. Trotz des tertium comparationis zentralistischer, gar totalitärer Herrschaftsstrukturen verstellen beide Begriffe den Blick auf die Vielfalt und die Prozesse der jeweils gemeinten Entfaltung von Architekturen, die zunächst einmal in ihrem zeitlichen Rahmen zu fassen sind. In der Forschung ist daher konsequenterweise nicht mehr von ›faschistischer Architektur‹, sondern zumeist vom ›Bauen im Nationalsozialismus‹ die Rede – also zwischen 1933 und 1945 – und auf diese Weise entheben wir uns damit zunächst der schwierigen Frage, inwieweit beispielsweise einerseits der internationale Neoklassizismus und Monumentalismus der späten 20er und frühen 30er Jahre bereits ›faschistische‹ Merkmale trage. Andererseits werden so Kontinuitäten benennbar, ohne daß die Schatten des nachgetragenen Faschismusverdachts alle Konturen verwischen.

Erst durch präzise Rahmendaten wird eine exakte Binnendifferenzierung möglich, wenn wir so beispielsweise zwischen 1933 und 1945 das Neben- und Nacheinander unterschiedlicher Strömungen charakterisieren können, ohne dabei zugleich ästhetische und politische Kategorien ineinssetzen zu müssen.

Entsprechend ließe sich nun auch das ›Bauen im Stalinismus‹ periodisieren, in der Sowjetunion beginnend mit den Eingriffen Stalins in die Planung des Sowjetpalastes, mit der folgenden Gleichschaltung der Architektenverbände und der Entscheidungen für die paradigmatische ›Rekonstruktion‹ Moskaus.

Damit folge ich auch der Definition der Autoren Alexej Tarchanow und Sergej Kawtaradse, die in ihrem Buch gleichen Titels ›Stalinistische Architektur‹ folgendermaßen eingrenzen: »Mit dem Begriff stalinistische Architektur werden hier jene Bauwerke beschrieben, die zwischen 1933, als der letzte Wettbewerb für den Entwurf des Palasts der Sowjets stattfand, und 1955 entstanden, als die Architekturakademie ihre Pforten schloß. Im selben Jahr erließ die Regierung eine Verordnung über ›Maßnahmen für die weitere Industrialisierung, Qualitätsverbesserung und Kostensenkung im Bauwesen‹. Sie kennzeichnete die Rückkehr der Sowjetunion zur Bewegung der modernen Architektur.«

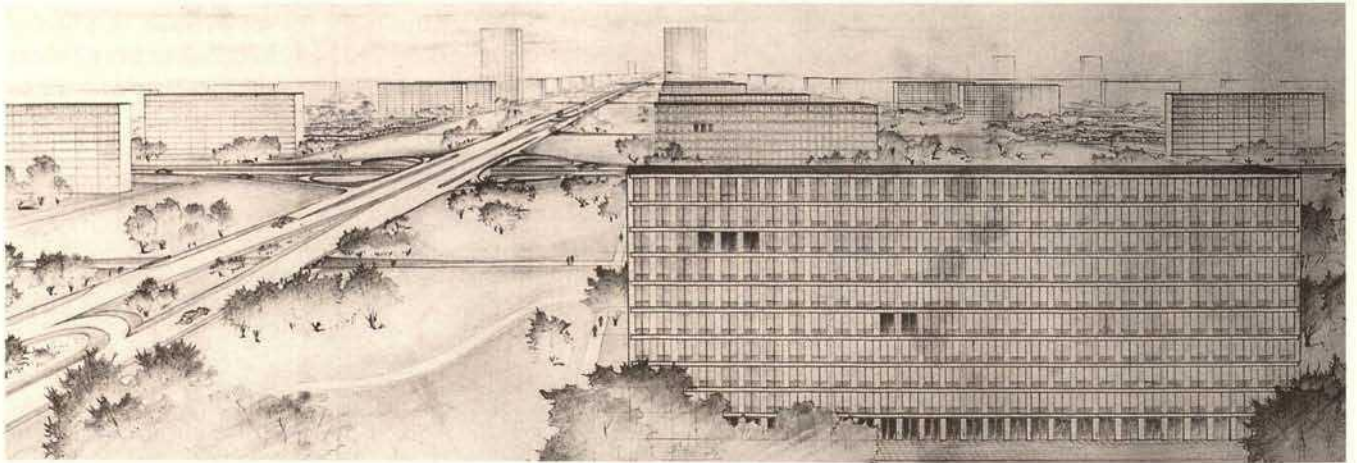
Im Rückblick auf die Architekturgeschichte der Sowjetunion möchte ich den Autoren bei ihrer zeitlichen Eingrenzung zustimmen, doch läßt sie sich so natürlich nicht auf andere Länder übertragen; gerade die zeitlichen Verschiebungen, Vor- und Nachläufe in der Übernahme stalinistischer Kulturpolitik spiegeln die Machtverschiebungen in und zwischen den europäischen Ländern genauestens wider. Bezogen auf die Auswirkungen sowjetischer Baupolitik auf die Architektur in Deutschland möchte ich den Anfang der stalinistischen Periode mit einem exakten Datum

markieren: Ab dem heutigen Tag vor genau 45 Jahren, am 7. September 1950, begann stalinistische Architektur in Deutschland Gestalt anzunehmen. Am 6. September 1950 nämlich war mit dem Aufbaugesetz der DDR in Kontrast zur Baupolitik in der Bundesrepublik und der damit verbundenen Sicherung der überkommenen Eigentumsverhältnisse die Grundlage dafür geschaffen worden, daß über weiträumige Enteignungen des städtischen Bodens durch parzellenübergreifende Planungen städtebauliche Ensembles geschaffen werden konnten, die sich in Gestalt und Wahrnehmung deutlich von der ökonomisch bedingten Parzellierung im Westen unterscheiden sollten.

Mit dieser Rechtsgrundlage traten nun auch die schon im Juli 1950 verabschiedeten ›Sechzehn Grundsätze des Städtebaus‹ in Kraft, die dem Aufbaugesetz der DDR seine inhaltliche Orientierung gaben und bald als bewußte Gegenposition zur im Westen verbreiteten ›Charta von Athen‹ galten: Wie bekannt, folgten die Entwürfe zur Architektur und Stadtplanung des Wiederaufbaus nach 1945 im Osten und Westen Deutschlands zunächst prinzipiell gleichen Vorstellungen einer nach Funktionen getrennten und in Nachbar-

Dies wurde wörtlich genommen: Unter polemischer Ausgrenzung alternativer Konzepte zur Planung aufgelockerter Städte im Sinne des im Westen verbreiteten Gedankens der Stadtlandschaft wurden seit der Verabschiedung der ›Sechzehn Grundsätze des Städtebaus‹ die maßgeblichen Architekten der DDR auf ein eher traditionelles Konzept von Stadt verpflichtet, das eine klare Hierarchie öffentlicher Räume mit dominantem zentralen Platz, mit großen Magistralen als Aufmarschflächen und architektonisch streng gefaßten Stadträumen sowie Monumentalarchitekturen als beherrschenden Blickpunkten vorsah.

Unmißverständlich wurde den deutschen Architekten am 20. April 1950 in Moskau von Wiktor Baburow, dem Leiter der Hauptverwaltung Städtebau im Ministerium für Städtebau vorgegeben: »Wir sind für monumentale Bauten, in denen sich der Bauwille und das Wollen der Bevölkerung ausdrücken.« Unter solchen Prämissen waren alle bislang entwickelten Pläne zum Aufbau Berlins und anderer Städte der DDR infrage gestellt: »Unter allen Umständen«, so Baburow weiter, wehre man sich in der Sowjetunion gegen die englisch-amerikanische Theorie von der ›aufgelösten Stadt‹:



Berlin, Stalinallee, Entwurf aus dem Planungskollektiv, 1946

schaften überschaubar gegliederten, insgesamt landschaftlich aufgelockerten Stadtstruktur.

Erst die Vorstellung entsprechender Pläne für Berlin als neuer Hauptstadt im nun geteilten Deutschland ließ Ende 1949 in der politischen Führungsspitze der DDR Unbehagen aufkommen, da das wachsende Selbstbewußtsein des neuen Staates und die Erinnerung an sowjetische Vorbilder in den vorgelegten Entwürfen keinerlei Entsprechung fanden.

Dies führte nach der Reise Ulbrichts zu Stalins 70. Geburtstag im Dezember 1949 zur Vorbereitung einer Reise in die Sowjetunion, während der sich im April und Mai 1950 eine Delegation maßgeblicher Architekten, Planer und Baupolitiker der DDR unter Leitung von Aufbauminister Lothar Bolz an Beispielen stalinistischer Architektur in Moskau und anderen Großstädten schulen und entsprechende Vorstellungen zum Wiederaufbau zerstörter Städte in Deutschland zu eigen machen sollten. Ab 1950 galt nun auch für die Architekten der DDR: »Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen.«

»Sie ist unwirtschaftlich, sie ist auch nicht gegen Luftangriffe gesichert, isoliert den Arbeiter vom politischen Leben und macht ihn zum Kleinbürger.« Zur Kritik an der Berliner Planung heißt es weiter: »Die Straße hat nicht nur Verkehrsfunktion, sie hat die festliche Bevölkerung aufzunehmen. Die Straße ist ein Mittel zum festlichen Leben. Sie muß das Bewußtsein der Bevölkerung heben, sie muß die politische Bedeutung der Massen unterstreichen.«

Weitgehend wörtlich den Moskauer Vorgaben folgend wurden in Berlin in den folgenden Wochen die ›Sechzehn Grundsätze des Städtebaus‹ formuliert, wobei abweichende Stellungnahmen aus Fachkreisen rüde zurückgewiesen wurden. Eine klare Absage erteilte danach auch Walter Ulbricht in seiner programmatischen Rede auf dem III. Parteitag der SED am 22. Juli 1950 den bisher erarbeiteten Plänen für eine Stadtlandschaft Berlin. Polemisch führte er aus: »Der grundsätzliche Fehler dieser Architekten besteht darin, daß sie nicht an die Gliederung und Architektur Berlins anknüpfen, sondern in ihren kosmopolitischen Phantasien glauben, daß man in Berlin Häuser bauen kann, die ebenso in die südafrikanische Landschaft passen.«

So war zwar einerseits verbal-programmatisch die ideologische Abgrenzung gegenüber Modellen westlicher Stadtentwicklung vollzogen, doch fehlten auf der anderen Seite die konkret bildhaften Vorstellungen zum neuen Städtebau, der damit in der Praxis vor einem zunächst unauflösbaren Dilemma stand:

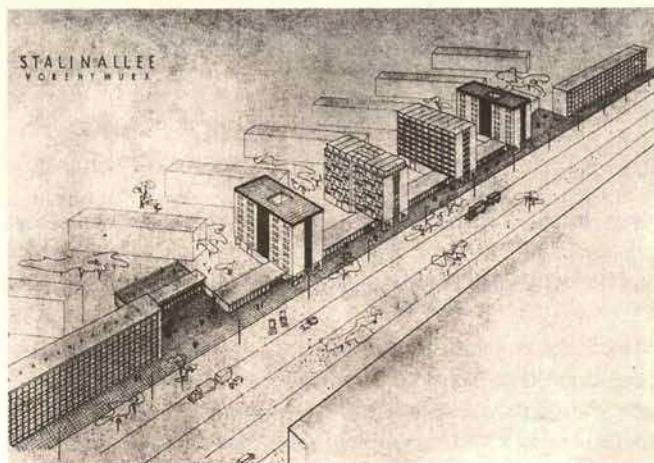
Zwar sollten die Ensembles im künftigen Zentrum der Stadt in der architektonischen Haltung und ihrem Erscheinungsbild an den sowjetischen Vorbildern orientiert sein, andererseits aber sollten sie keinesfalls als bloße Kopien Moskauer Bauten erkennbar sein. Denn: »Sozialistisch im Inhalt, national in der Form« lautete seit 1932 die sibyllinische Formel sowjetischer Kulturpolitik des Sozialistischen Realismus, nach der nun auch in der DDR die Zentren der großen Städte zu gestalten waren.

Immer wieder betont Aufbauminister Lothar Bolz, daß es gerade nicht darauf ankomme, sowjetische Bauten zu kopieren, sondern sich durch eine demonstrativ nationale Architektur mit gesamtdeutschem Anspruch dem Kulturimperialismus der westlichen Besatzungsmächte entgegenzustellen. Wieweit diese Strategie bereits seit 1943 im Rahmen

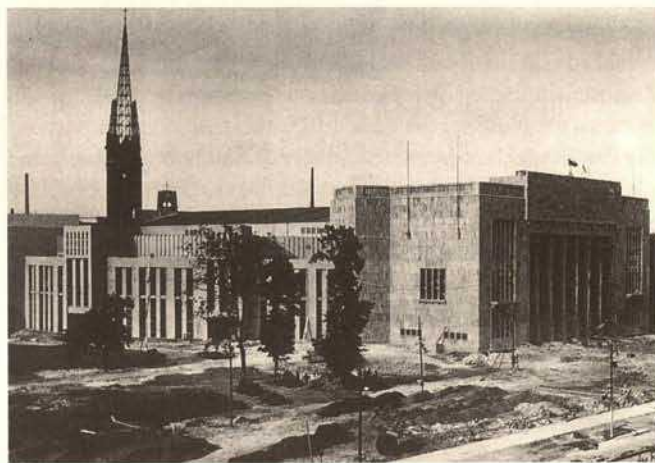
linistischer Kulturpolitik, da hier gerade die ästhetisch inszenierte Vielfalt regionaler Kulturen deren totalitäre Vereinnahmung zu erkennen gibt.

In Deutschland ist nun die nationale Variante stalinistischer Kulturpolitik gesucht, die in ihren unsichtbaren, strukturellen Bedingungen – vom Bodenrecht über die Ausbildung, Arbeits- und Organisationsformen der Architekten bis hin zur Kontrolle der Berufsverbände und direkte Einflüsse von Ulbricht und Politbüro – spiegelbildlich sowjetischen Vorbildern folgt.

In der Bilderproduktion aber ist bis auf die Entwürfe für die Sowjetische Botschaft Unter den Linden von 1948/49 noch kein Signal für die neue Linie erkennbar, auch wenn redundant immer wieder von der »kritischen Aneignung des kulturellen Erbes« die Rede ist und prominente Namen aus der Historie von Knobelsdorff bis Schinkel kursierten. So geriet die Parteiführung der SED im Dilemma zwischen lautstark formulierten Ansprüchen und mangelnden Leistungsnachweisen im Sommer 1950 unter wachsenden Handlungs- und Erwartungsdruck, zumal selbst am prominentesten Projekt der Republik, an der zu Stalins 70. Ge-



Berlin, Vorentwurf zur Randbebauung der Stalinallee, heute Karl-Marx-Allee, von Hermann Henselmann, Frühjahr 1950



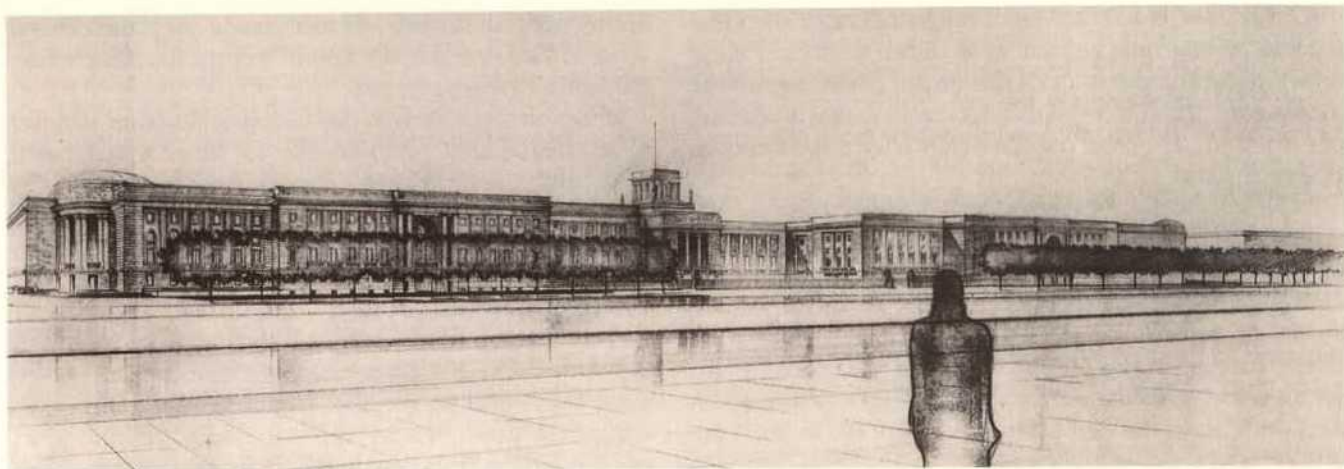
Berlin, Sporthalle von Richard Paulick kurz vor ihrer Fertigstellung im August 1951

des Nationalkomitees Freies Deutschland in Moskau von Emigranten wie Lothar Bolz und Rudolf Herrstadt vorbereitet war, kann hier nicht erörtert werden. Sicher scheint mir allerdings, daß mit der Forderung nach Wiederbelebung nationaler Bautraditionen auf ein frühes Muster stalinistischer Kulturpolitik zurückgegriffen wird, mit dem schon in den 30er Jahren in Abkehr von der Internationalen Moderne die Übertragung der Doktrin des Sozialistischen Realismus in der Kunst auch auf die Baukultur vollzogen wurde – und dies mit handfestem politischem Interesse: Denn je restriktiver die einzelnen Republiken der Sowjetunion in die zentralistische Politik Moskaus einbezogen wurden, umso demonstrativer wurden ihnen in Bereichen der Bilderproduktion – also in Kunst, Literatur, schließlich auch Architektur und Städtebau – Segmente kultureller Autonomie eröffnet, die sich allerdings nicht zu einer blühenden Vielfalt ästhetischer Strömungen und Positionen erweiterten, sondern in der vermeintlichen Eigenständigkeit der Wiederentdeckung regionaler und nationaler Traditionen zeigen sollten. Die Landwirtschaftsausstellung in Moskau in der Fassung von 1952 beispielsweise ist ein Höhepunkt sta-

burtstag umbenannten Stalinallee, bisher nur bescheidenste Bauten im Sinne der jetzt abgelehnten Magistratsplanungen zu sehen waren – und auch die Alternativentwürfe von Hermann Henselmann vom Sommer 1950 keinerlei Abhilfe versprochen.

Geradezu verzweifelt wurde daher nach programmatisch entsprechenden Formulierungen für »Grundsätze der Architektur« gesucht, die analog zu den »Grundsätzen des Städtebaus« die Phantasie der Architekten gleichzeitig beflügeln und lenken sollten. Zahlreich erhaltene Exposés, Überarbeitungen und Verrisse zu solchen »Grundsätzen der Architektur« illustrieren das baupolitische Dilemma dieses Jahres 1950, ein Dilemma, das erst im Sommer 1951 durch einen doppelten Durchbruch gelöst werden konnte.

Denn erstens war mit der Entscheidung im Wettbewerb zur Bebauung der Stalinallee durch den Entwurf von Egon Hartmann eine städtebauliche Figur gewonnen, die einerseits den Forderungen nach Repräsentation und architektonischer Ensemblewirkung, andererseits aber auch den besonderen Vorgaben des Berliner Stadtgrundrisses entgegenkam.

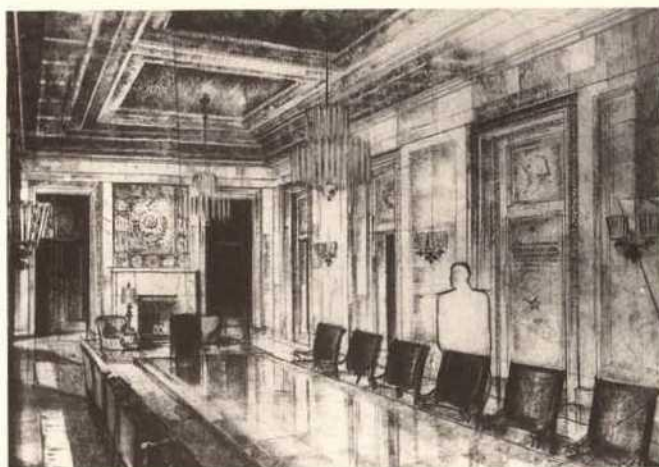


Berlin, Schaubild zur Sowjetischen Botschaft, April 1948

Zweitens hatte unterdessen Hermann Henselmann mit seinem Entwurf zum Wohnhochhaus an der Weberwiese Maßstäbe dafür gesetzt, wie bis in die Details der Fassadengliederung der Anspruch auf Monumentalität mit spielerischem Formenreichtum und erkennbaren Rückbezügen auf historische Vorbilder – in diesem Fall das im Krieg beschädigte Feilnerhaus von Schinkel – verbunden werden konnte. Ein erstes Beispiel für die künftige Architektur der Hauptstadt hatte zuvor Richard Paulick mit seinem Entwurf für die Deutsche Sporthalle an der Stalinallee gegeben, und als unübersehbares Monument der Besatzungsmacht erhob sich die ab 1948 entworfene Sowjetische Botschaft an der Straße Unter den Linden aus den Trümmern Berlins.

Prägnant konnten nun auf verschiedenen Ebenen – vom Einzelobjekt über das städtebauliche Ensemble bis hin zur übergreifenden Stadtplanung – Berliner Beispiele pars pro toto propagandistisch gegen die »Amerikanisierung« westdeutscher Städte abgehoben und der Anspruch auf Alleinvertretung gesamtdeutscher Kulturpolitik insbesondere im Bereich des Bauens erhoben werden – pointiert gesagt: durch deutsche Architektur als Instrument stalinistischer Europapolitik und unmittelbarer Ausdruck des Kalten Krieges. So erfüllte sich auch in Deutschland schließlich das Diktum Stalins von 1947: »Moskau ist heute nicht nur der Ausgangspunkt des Aufbaus einer neuen Lebensform der Werktätigen der Hauptstadt (...) Moskau ist in dieser Hinsicht gleichzeitig das Muster für alle Hauptstädte der Welt.«

Um aber genau diese enge Verknüpfung von Architektur und Politik ins Allgemeine, ja, Überhistorische zu erheben und damit zugleich zu verschleiern, kommt nun das dritte eingangs von mir genannte Thema ins Spiel: der Kunstanspruch der Architektur. Denn während das schlichte Bauen im Westen von der DDR-Propaganda höhnisch als bewußte Erniedrigung der Lebensverhältnisse der Werktätigen und als gleichsam mißratene Kreuzung von Hitlerschem Kasernenbaustil und amerikanischer Seifenkistenmoderne gebranntmarkt wurde, konnte jetzt das Bauen im Osten Deutschlands als sichtbare Wiederbelebung einer im expansiven Kapitalismus des 19. Jahrhunderts untergegangenen Klassik vorgestellt werden, die nun in einer neuen Gesellschaft das produktive Erbe der bürgerlichen Kultur übernimmt und in kritischer Aneignung weiterentwickelt – in Vollendung der Freiheitsbewegungen des frühen 19. Jahrhunderts und der bürgerlichen Revolution von 1848.



Konferenzsaal der Sowjetischen Botschaft mit dem Umriss des »Generalissimus Stalin«, Mai 1949

Im Zuge solcher Wiederentdeckung und Weiterentwicklung der »Klassiker« durch nun rasch prominente Architekten wie Paulick, Hopp und Henselmann kam es bald auch in Deutschland – wie früher in der Sowjetunion – zu dem merkwürdigen Wechselverhältnis zwischen zunehmender Zentralisierung politischer Strukturen und Entscheidungsprozesse als Zeichen der Stalinisierung des Systems einerseits – und öffentlichkeitswirksam verstärkter Individualisierung und Profilierung kultureller Leitfiguren andererseits.

Mit geschickt kalkulierten Anklängen an den Geniekult und akademische Traditionen des 19. Jahrhunderts wurde 1951 die Gründung der Deutschen Bauakademie in Szene gesetzt, und pointiert folgten die Hefte der Zeitschrift »Deutsche Architektur« dem Topos der Kongruenz zwischen Werk und Meister.

Wenn wir also noch einmal im Rückblick die drei eingangs genannten Themen bilanzieren, läßt sich stalinistische Architektur in Deutschland eben nicht allein mit Blick auf vordergründige Stilmerkmale im Sinne bildhafter Beiträge zu einem die Sinne erfreuenden »Gesamtkunstwerk Stalin« erfassen, sondern nur im Kontext einer Sowjetisierung der Gesellschaft insgesamt, die – bezogen auf die Baupolitik – in Deutschland aber

1. einen zeitlich klar umrissenen Rahmen hatte, der, wie ich gleich zeigen werde, von 1950 bis 1955 reichte,
2. von einer programmatisch klar formulierten Vorstellung von Stadt als Ort politischer Demonstration ausging, also in doppeltem Sinne: von opulentem Städtebau als De-

monstration staatlicher Gestaltungskraft und Ordnungsmacht – und in deren Ergebnis von Städtebau als Rahmen politischer Demonstrationen der Massen in architektonisch klar gefaßten Stadträumen; nicht zufällig lagen sämtlichen Planungen der frühen 50er Jahre die sogenannten Demonstrationspläne mit ihren statistisch ermittelten Straßenbreiten zugrunde,

3. aber wurden diese politischen Implikationen überspielt durch einen Kunstanspruch, der die Zeitgebundenheit der Gestaltungskonzepte durch Rückbezug auf historische Vorbilder verdeckte und die einzelnen Planungen in die Tradition einer europäischen Stadtbaukunst stellte, die ihrerseits wiederum zur Legitimation von Flächenabrissen und der Vernichtung kulturellen Erbes im Zuge der Aufbaumaßnahmen erhalten mußte.

Am Beispiel der Stalinallee ließe sich nun exemplarisch Aufstieg und Abbau stalinistischer Architekturkonzeptionen in Deutschland untersuchen. In einzelnen Schritten ließen sich im zuvor skizzierten Argumentationsrahmen zeigen, welche Wandlungen sich beispielsweise zwischen den Entwürfen für die Wohnzelle Friedrichshain in den Stadtlandschafts-Konzepten des Planungskollektivs unter Hans Scharoun über die Ergebnisse des Wettbewerbs von 1951 bis hin zum Bau des Frankfurter Tores 1957 vollzogen haben, um dann auch die Übergänge und Mischformen in der Architektur detailliert untersuchen zu können: Etwa die subversive Modernität der aus Konstruktionsprinzipien übernommenen Fassadengliederung am Strausberger Platz – und andererseits das verspätete Hinübergreifen der Architektur nationaler Bautraditionen in eine Epoche, die bei Fertigstellung des Frankfurter Tores die Dogmen stalinistischer Architekturproduktion zumindest programmatisch längst überwunden hatte.

Die gleiche Phasenfolge läßt sich im Prinzip auch an der Planungsgeschichte und Architektur von Stalinstadt, im Versuch der programmatischen Anwendung der ‚Sechzehn Grundsätze des Städtebaus‘ auf eine Neugründung ohne regionale Vorgaben, nachweisen: 1950 von dem Bauhäusler Franz Ehrlich in Zeilenbauweise entworfen, wird hier nach heftiger Kritik des zugrundeliegenden Siedlungsgedankens 1951 das Konzept von Kurt W. Leucht gebilligt, das eine fast barocke Stadnanlage in Fächerform vorsah. Nach weiterer Überarbeitung zur Betonung der Magistrale mit monumentalem Hochhaus als Blick- und Endpunkt der großen Ach-

*Berlin, Hochhaus und angrenzende Bebauung an der Weberwiese, Hermann Henselmann, 1951*



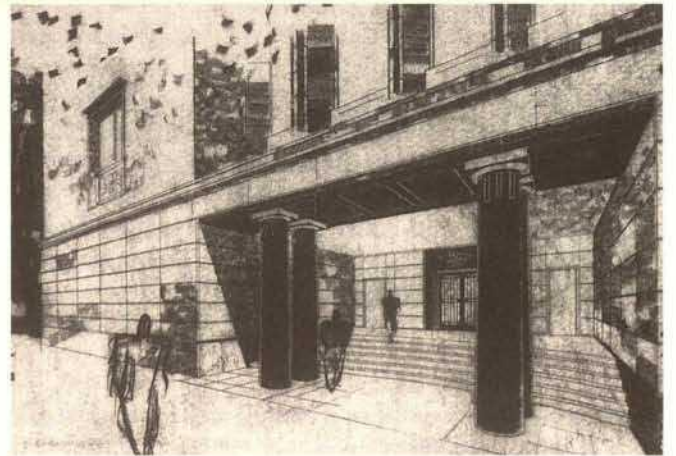
se 1953/54 werden auch diese Pläne verworfen, als 1955 die gesamte Planungsideologie und Bauproduktion der DDR radikal umgestellt werden – wiederum infolge der Umorientierung sowjetischer Außenpolitik, nun aber in dem von Chruschtschow angestoßenen Prozeß der Entstalinisierung.

In den Machtkämpfen nach Stalins Tod im März 1953 hatte Nikita Chruschtschow als Erster Sekretär der KPdSU die zentrale Machtposition und breite Unterstützung zur Modernisierung der sowjetischen Gesellschaft erhalten. Eine wichtige Station in der Durchsetzung seiner Pläne war die Moskauer ›Allunionskonferenz der Bauschaffenden‹ vom Dezember 1954, in der er mit der stärkeren Hinwendung zur Konsumgüterproduktion auch die Industrialisierung des Bauwesens forderte und die Kulturpolitik der Stalin-Ära einer scharfen Kritik unterzog.

In seinem Leitreferat geißelte Chruschtschow das »Überflüssige« und den »Konservatismus in der Architektur«, und bitter beklagte er das eklatante Mißverhältnis zwischen Nutz- und Konstruktionsfläche, zwischen Rohbau- und Ausbauposten sowie die Vernachlässigung aller Rationalisierungsvorschläge, die vorsätzlich unterdrückt worden seien.

In schroffer Wendung gegen die Architekten-Elite der Stalin-Ära spricht nach Chruschtschow auch der Ingenieur Gradow unumwunden vom »Kulissenzauber« der Architektur und führt aus: »In der Praxis gibt es viele Beispiele, daß die Architekten, um den Betrachter zu ›verblüffen‹, als Kulissenzauber alle aus der Geschichte der Architektur be-

*Eingangsportale des Hochhauses Weberwiese von Hermann Henselmann, gezeichnet von Emil Leibold, 1951*





Berlin, Stalinallee (heute Karl-Marx-Allee), Block F-Nord mit einem der Turmbäuser am Frankfurter Tor, gebaut bis 1960

kannten Formen und Mittel verwenden.« Und Gradow fährt fort: »Doch eine solche, auf Paradieren und äußere Effekte ausgerichtete Praxis haben wir auch im Städtebau. Der Kult der unikalen Architektur, ihre Erhebung über das »simple« Massenbauwesen, die Atmosphäre des geringschätzigen Verhaltens zum Massenbau haben zur Vernachlässigung der Typenprojektierung geführt.«

Damit ist nun die neue Richtung gewiesen. Unter dem Motto: »Besser, billiger und schneller bauen!« werden ab Winter 1954 schlagartig Standardisierung und Typenprojektierung vorangetrieben, entsprechende Appelle auch an die »sozialistischen Bruderländer« weitergegeben. Im April 1955 wird durch die Berliner Baukonferenz nach Moskauer Muster die sowjetische »Wende im Bauwesen« nachvollzogen, wobei in allen anfangs genannten Themenfeldern die Charakteristika stalinistischer Architektur scharf angegriffen werden:

1. durch die geradezu höhnische Verabschiedung vom bisher erhobenen Kunstanpruch der Architektur,
2. durch Konzentration der wirtschaftlichen Kapazitäten auf industrielle Bauproduktion nach seriellen Prinzipien,
3. durch die damit verbundene Orientierung auf neue städtebauliche Leitbilder, die sich zunehmend den im Westen gültigen anzupassen beginnen.

In vielerlei Spielarten zeigt sich die Architektur der DDR von 1955 bis 1960 noch als paradoxe Einheit gegensätzlicher Strömungen an einer Schnittstelle im Kalten Krieg –

doch der Durchbruch aus dieser verkapselten Moderne hin zur flächendeckenden Plattenbauweise als Konsequenz der geforderten »Radikalen Standardisierung« wäre nun ein eigenes, weiteres Thema.

## Literatur

- Anders Aman, *Arkitektur och ideologi i stalintidens Östeuropa*, Stockholm 1987.
- Klaus von Beyme, *Der Wiederaufbau. Architektur und Städtebaupolitik in beiden deutschen Staaten*, München 1987.
- Klaus von Beyme, Werner Durth, Niels Gutschow, Winfried Nerdinger, Thomas Topfstedt, *Neue Städte aus Ruinen. Deutscher Städtebau der Nachkriegszeit*, München 1992.
- Jörn Düwel, *Baukunst voran! Architektur und Städtebau in der SBZ/DDR*, Berlin 1995.
- Jörn Düwel, »Berlin. Plänen im Kalten Krieg«, 1945. *Krieg-Zerstörung-Aufbau. Architektur und Stadtplanung 1940-1960*, hrsg. von der Akademie der Künste, Berlin 1995.
- Werner Durth/Niels Gutschow, *Träume in Trümmern. Stadtplanung 1940-1960*, München 1993.
- Thomas Hoscislawski, *Bauen zwischen Macht und Ohnmacht. Architektur und Städtebau in der DDR*, Berlin 1991.
- Andreas Schätzke, *Zwischen Bauhaus und Stalinallee. Architekturdiskussion im östlichen Deutschland*, Braunschweig/Wiesbaden 1991.
- Alexej Tarchanow/Sergej Kawtaradse, *Stalinistische Architektur*, München 1992.